

Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 68 (1971)

Heft: 6

Artikel: Stellungnahme der Heimleiter zur Unruhe in unserer Gesellschaft

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-838881>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Als vor wenigen Tagen einige Jugendliche, unterstützt durch Gitarrenklänge, ihrer religiösen Überzeugung Luft machten, wurden sie unter Berufung auf die Bewilligungspflicht öffentlicher Demonstrationen polizeilich vom Platze gewiesen. Während Behörden das Verbot von Kundgebungen aussprechen, verlieren sie nur wenige Gedanken darüber, ob Demonstrationen und Protestversammlungen heutzutage nicht allenfalls legitime Formen der Gesellschaftskritik darstellen, denen in unserem Alltag Raum zu gewähren wäre.

Zürich besinnt sich («Zürich überlegt . . .») – durch die Umweltbedrohung veranlaßt – auf seine Überlebenschancen. Dennoch äußern sich politische Kreise so, als ob es nichts zu verbessern gäbe, als ob alles immer gut war und noch lange so bleiben wird. Auch sie sind in ihren Denkkategorien befangen und vermögen nicht einzusehen, daß unser Konsumverhalten und die Profitsucht jenen Schmutz und Abfall herbeigebracht haben, dessen wir uns nunmehr zu wehren versuchen. Sie können nicht verstehen, daß die jugendliche Kritik und der tätige Einsatz zugunsten des Umweltschutzes letztlich mehr bedeuten als die Reinigung von Uferlandschaften und die Beseitigung von Schmutz; nämlich das Eintreten für ein sozial ausgerichtetes Gemeinwesen, das den Menschen nicht durch die Interessen gewinnstüchtiger Kreise ersetzen läßt. Klammer: Waffenhandelaffären, Klammer geschlossen.

Stellungnahme der Heimleiter zur Unruhe in unserer Gesellschaft

Kreuzlingen, 13. Mai. (*sda*) Die Unruhe in unserer Gesellschaft, die sich sowohl in der Politik, im Leben der Kirchen, in der Erziehung und in der Moral zeigt, bildete Gegenstand einer größeren Vortragstagung des *Vereins für schweizerisches Heim- und Anstaltswesen*, die anläßlich der 127. Jahresversammlung in Kreuzlingen und Konstanz stattfand. Unter Leitung von Vereinspräsident *Paul Sonderegger* (Wädenswil) nahmen über 400 Jugend- und Altersheimleiter aus der deutschen Schweiz sowie zahlreiche Gäste daran teil.

Die Tagung wurde im Konzilsaal Konstanz eröffnet durch einen Vortrag von *Prof. Waldemar Besson*, Ordinarius für politische Wissenschaft. In dem von einer Krise der überlieferten Wertvorstellungen begleiteten Umbruch, den unsere Gesellschaft jetzt durchmache und der sie beunruhige, erklärte der Konstanzer Politologe, komme deutlich die Sehnsucht der jungen Generation nach einer funktionell besser begründeten, flexibleren und durch Leistung ausgewiesenen neuen personalen Autorität zum Vorschein.

Pfr. Paul Frehner, Leiter des Studienzentrums Boldern am Zürichsee, warnte vor der Gefahr ideologisierten falscher Alternativen. Er postulierte eine neue Optik, die den Menschen als individuelles und zugleich sozial verpflichtetes Wesen sehe und die es gestatte, die menschliche Freiheit vor den totalitären Zwängen der Technostruktur in zureichendem Maße zu schützen. Die Begriffe der Demokratisierung, der Mitbestimmung und des Meinungspluralismus reichten nur dann über den Bereich bloßer Schlagwörter hinaus, wenn sich ihnen die Bereitschaft verantwortungsbewußter Partner anzeige, den Dialog ernst zu nehmen.

In ähnlichen Sinne äußerte sich *Pfr. H. R. Schibli*, (St. Gallen). Er wies darauf hin, daß der Nächste stets ein Gesicht und einen Namen habe und daß, wer Nächstenliebe im kleinen Kreise seines Alltags übe und im Ernstnehmen des Nächsten sich selber dem Risiko der Wandlung aussetze, mehr zur Veränderung des Weltklimas beitrage als die großen Programmatiker der Revolution.

Blick über die Grenze: Die Jugendkriminalität in der DDR

Von KURT SELIGER

Während die allgemeine Kriminalität seit Jahren eine sinkende Tendenz aufweist, nehmen in der DDR kriminelle Handlungen von jugendlichen Bürgern ständig zu. Randalierend, stehend und prügelnd zog eine Bande jugendlicher Rowdies, einem Bericht des DDR-Rundfunks zufolge, zwischen Pankow und Golm durch die Lande. Wegen dieser Delikte werden die Jugendlichen zu acht, sieben und fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

Andere jugendliche Rowdies, die auf der Autobahn vorüberfahrende Fahrzeuge mit Steinen bewarfen, Verkehrsschilder beschädigten und Mopeds demolierten, erhielten je anderthalb Jahre Gefängnis. In Neustrelitz hatten acht Jugendliche eine Gruppe von 41 Mitgliedern der vormilitärischen Organisation «Gesellschaft für Sport und Technik», die sich eben bei einer militärischen Übung aufhielt, verprügelt. Auch für sie gab es harte Strafen.

Solche Vorfälle, die in zunehmendem Maße die Gerichte der DDR beschäftigen, machen den SED-Politikern aus mehrfachen Gründen Kopfzerbrechen. Sie vertreten bekanntlich die Meinung, die Kriminalität habe ihre Wurzeln im kapitalistischen System. Beseitigt man es, dann würde die wesentliche Ursache der Verbrechen verschwinden und damit allmählich auch die Kriminalität. Der Rückgang der Kriminalität in der DDR (von 500 446 Straftaten im Jahr 1946 auf 105 869 im Jahr 1969) schien diese These zunächst zu bestätigen.

Nun zeigte sich jedoch, daß dieser Trend bei Jugendlichen nicht feststellbar ist. Hier mußte eine Erklärung gefunden werden, dies um so mehr, als die DDR, was Jugenderziehung, Schulwesen, Sport und Aufstiegsmöglichkeiten betrifft, tatsächlich viel geleistet hat. Dessenungeachtet aber nun eine Zunahme der Jugendkriminalität! Ein Staatsanwalt, der eine Gruppe von jugendlichen Verbrechern vor Gericht anklagte, meinte in seinem Plädoyer: «Der heutige Prozeß macht deutlich, daß die Wurzeln der Kriminalität Jugendlicher nicht in den sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen begründet liegen.» Es handle sich vielmehr um Störungen, «die dem Sozialismus wesensfremd sind und ihm nicht entspringen . . .»

Wenn die Jugendkriminalität also nicht dem entspringt, was die SED als Sozialismus bezeichnet, woher kommt sie dann? Darauf wurde eine einfache Antwort gefunden: Es ist das westliche Fernsehen. Bleibt dann nur die Frage zu beantworten, wieso dieselbe Tendenz auch in solchen sogenannten sozialistischen Ländern festzustellen ist, wo kein westliches Fernsehen zu empfangen ist.

Die Zunahme der Jugendkriminalität ist der SED so unangenehm, daß sie mit Ziffern sehr sparsam umgeht. Sucht man etwa im Statistischen Jahrbuch der DDR nach Angaben über die Jugendkriminalität, dann wird man zu diesem